

Pressemitteilung zum Religionsunterricht

Seit ihrem Bestehen 1891 führen Freireligiöse Gemeinden in der Pfalz, seit 1947 zusammengeschlossen in der Freireligiösen Landesgemeinde Pfalz, K.d.ö.R., einen eigenen Bekenntnisunterricht durch. Dieser Unterricht ist staatlich anerkannt und gleichberechtigt gegenüber dem Bekenntnisunterricht der christlichen Konfessionen.

Zu diesem Unterricht gehören für uns Informationen über anderer Religionen und Weltanschauungen möglichst auch aus erster Hand wesentlich dazu. Nur auf diese Weise können sich Kinder und Jugendliche eine eigene Auffassung bilden, wenn sie sich auch mit anderen Anschauungen befassen und vorurteilslos auseinandersetzen.

Deswegen unterstützt die Landesgemeinde auch schon seit längerem das Bestreben des DFW (Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften), das dieser schon 1997 formulierte: in allen Bundesländern soll eine verbindliche bekenntnisneutrale Werterziehung stattfinden, in der über alle Religionen und Weltanschauungen einschließlich freireligiös-humanistischer Bekenntnisse informiert wird.

Dieses Streben ist ferner seit einigen Jahren auf allgemein europäischer Ebene ein Ziel des Europarates, um auf diese Weise eine Erziehung zur Demokratie und sozialem Zusammenhalt zu fördern. Dazu nahmen die Bildungsminister der im Europarat vertretenen Länder 2007 entsprechend Stellung.

Die Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz respektiert grundsätzlich den Anspruch der islamischen Religionsgemeinschaften auf einen eigenen Bekenntnisunterricht im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Darüberhinaus aber hält sie es im Sinne der Förderung der Integration und des demokratischen Verständnisses für wichtig, dass alle Schüler miteinander ihre verschiedenen Religionen und Weltanschauungen kennenlernen, Achtung vor der Auffassung der anderen entwickeln und erkennen, dass die gemeinsame Basis menschlichen Miteinanders die gegenseitige Achtung der Verschiedenheit und die Anerkennung der Grundrechte einer jeder Person ist.

Unverständlich ist uns die Vorstellung noch weiterer Unterteilungen des Bekenntnisunterrichtes nach verschiedenen islamischen Richtungen. Das bedeutet die Konfessionalisierung des Christentums anderen Religionen überzustülpen. In Rheinland-Pfalz dauerte es mehrere Jahrzehnte, bis die Bekenntnisschulen, in denen noch die Schüler nach christlichen Konfessionen getrennt wurden, verschwanden, gerade auch auf Wunsch der Eltern. Einen Rückfall in solche Separatismen fördert nicht die dringend notwendige gegenseitige Achtung unabhängig von der weltanschaulichen, religiösen und kulturellen Herkunft oder Zuordnung, die das einzelne Individuum für sich vornimmt.

Ludwigshafen, 23.06.2010

Siegward Dittmann, Präsident

Renate Bauer, Landessprecherin